

Berlin, Donnerstag,

den 19. Juni 1913.

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:
Bierjährlich
Für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Postlohn,
für ganz Deutschland 9 M.,
Oesterreich 13 M. 50 Pf., Ungarn
4 M. 50 Pf., Island 7 M. 50 Pf.,
Schweiz 12 M. 40 Pf., Dänemark,
Schweden u. Norwegen 9 M.

Für Frankreich, Belgien, England,
Amerika usw. Kreuzband-Sendung
20 M. für das Bierjahr.

Bestellungen werden angenommen:
für England in London bei
Siegle & Co. Ltd.

129 Enderbury Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Ergänzungen zum Kurszettel.
Außen-Kalender.
Vollständige Preislisten der
Preuß.-Ridd. Klassenlotterie.
Allgemeine Verordnungs-Tabellen
mit **Resourcen-Listen**
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf.
Reklameteil 1.20 M.

Telegraph-Adresse:
Börsen-Zeitung.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Verantwortlicher:
Zentrum, Nr. 243.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-
Abonnements auf beliebig langer an unter
täglicher Zusendung der Zeitung in Streifband;
der Preis stellt sich für den Umfang des Deutschen
Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-
Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen
nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf.,
für die Woche. Bestellungen nimmt die unter-
zeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes
Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte
zu erhalten wünschen, wollen wie folgt ver-
fahren: a) haben sie bei einer Postanstalt
abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt
ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres
Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei
gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr
beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung
durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem
die Ueberweisung des Exemplars an die Post
unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr ver-
anlassen.

Die Expedition
der Berliner Börsen-Zeitung,
Kronenstraße 37.

Vom Tage.

Mit der Bildung des neuen dänischen
Kabinetts ist der Folgebildungsbedeutende Schritt
beantwortet worden. Er erbat sich bis heute abend
Bedeutung.

Nach einer Meldung aus Sofia ging gestern eine
bulgarische Note an Serbien ab, worin auf die
Forderung nach Vertragsbruchhaft eine ablehnende
Antwort erteilt wird.

Im Schaß der Beche Friedrich Heinrich in
Linzort bei Meers sind gestern durch Zerstören
einer Straße 14 Mann eingeschlossen worden.

Die portugiesische Regierung wird am
27. u. 28. eine Anleihe von 21 Millionen, garantiert
durch 72 000 dem Staate gebührende Obligationen
portugiesischer Eisenbahnen, ausgeben.

Auf dem Wege zur Verständigung.

Die Budgetkommission des Reichstags, die gestern
mit der Beratung der eigentlichen Deckungsvorlage
begann, fing ihre Arbeit damit an, daß sie das von
der Regierung aufgestellte künftige Steuergebäude
erst einmal niederschrieb, um Platz für eine neue Steuer-
vorlage zu schaffen. Nur so und nicht anders darf
man die Verständigung der beiden ersten Paragraphen
des Gesetzes über Änderungen im Finanzwesen auf-
fassen. Aus den Darlegungen der Mehrheit in der
Kommission ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß
der Regierungsentwurf, soweit er von der Verbederung
der Materialbeiträge handelt, für eine Verständigung
unter den Parteien keine geeignete Grundlage abgibt.
Diese Grundlage wird jetzt durch die Anträge der
einzelnen Fraktionen neu geschaffen werden. In-
soweit muß man also die ersten Beschlüsse der Kom-
mission trotz ihres negativen Inhaltes als einen Fort-
schritt auf dem Wege zur Verständigung über das
Besitzsteuerkompromiß ansehen. Es wäre jedoch ver-
fehlt, wollte man jetzt schon sagen, daß die Deckungs-
frage bereits gelöst sei. Es gibt noch mannigfache

und große Schwierigkeiten, deren Ueberwindung
große Anstrengung kosten wird. Immerhin aber ist
die Lage etwas klarer geworden als bisher. Schon
die Tatsache, daß die Konservativen, die bisher bei
den Verhandlungen über die Verständigung völlig
obsektiv standen, nunmehr sich bereit erklären, an der
Ausarbeitung des Besitzsteuergebäudes mitzuarbeiten.
Insfer ist die Haltung des Zentrums. Schon in der
Kommission kamen zwei divergierende Anschauungen
zur Geltung: die eine, die noch extremer ist als die
bisherige Haltung der Konservativen, während die
andere aufrichtig gewillt zu sein scheint, mit den
Nationalliberalen und den Fortschrittlichen zu einer
Einigung zu kommen. Man weiß nicht, hinter welcher
dieser beiden Richtungen die Mehrheit der Zentrumspartei
steht und wird deshalb den weiteren Verlauf
der Dinge abwarten müssen, ehe man dem Steuer-
kompromiß eine auch nur einigermaßen sichere Pro-
gnose stellen kann. Daß aber der Abschluß der Ver-
ständigung zwischen den bürgerlichen Parteien erheb-
lich näher gerückt ist, geht aus den wiederholten Ver-
sicherungen in der Kommission hervor, daß der feste
Wille bestehe, etwas zustande zu bringen. Alle
Parteien sind offenbar bereit, nach der einen
oder anderen Richtung hin Opfer ihrer Ueber-
zeugung zu bringen. So haben bereits heute
in der Kommission die Konservativen — wenn
auch mit dem Vorbehalt, daß ihre Zustimmung
nur provisorisch sei — für den Antrag Schiffer ge-
stimmt. Das ist um so bemerkenswerter, als dieser
Antrag, wenn er auch Steuererleichterungen bezweckt,
doch von der Voraussetzung der Besteuerung des
Einkommens ausgeht. Man wird deshalb annehmen
können, daß die Konservativen mehr und mehr von
ihrem bisherigen Standpunkte abrücken und ihre
ursprüngliche Abneigung gegen die Vermögens-
zuwachssteuer fallen lassen werden. Damit würde
auch für jenen Teil des Zentrums, der unter allen
Umständen mit den Konservativen zusammengehen will,
der letzte Grund in Wegfall kommen, der ihn bisher ver-
anlaßt hat, sich gegen das Kompromiß zu sperren.
Bei diesen ehemals so scharfen Gegnern des Kom-
promisses scheint allmählich die Ueberzeugung an
Wohden gewonnen zu haben, daß, falls das Kom-
promiß scheitern sollte, nichts anderes übrig bleiben
würde, als die Erbschaftsteuer, die durch die Mit-
wirkung der Sozialdemokratie nur zu leicht eine
Form erhalten könnte, die unter allen Umständen das
Kompromiß als das kleinere Uebel erscheinen lassen
müß.

Von der Fassung, die die Besitzsteuer erhalten wird,
wird im wesentlichen auch die endgültige Gestaltung
des einmaligen Wehrbeitrages abhängen; denn beide
Gesegenswürde korrespondieren nicht nur miteinander,
sondern stehen in unlösbarem Zusammenhang, sobald
das eine Gesetz ohne das andere nicht möglich
ist. Diese Tatsache ist bei der Kritik, die
von Interessenten und in der Öffentlichkeit
an den bisherigen Beschlüssen der Kommission
geübt worden ist, nicht genügend berücksichtigt
worden. Ueberhaupt will es uns scheinen, als ob
diese Kritik etwas voreilig eingesetzt hat und in vielen
Punkten unberechtigt ist, zumal sie die tatsächlichen
Verhältnisse nicht genügend in Rechnung zieht. Man
darf doch nicht übersehen, daß alles, was bisher
vorläufig oder definitiv beschlossen worden ist, aus
der Not des Augenblicks heraus geboren ist.
Der Reichstag befindet sich gegenüber den Deckungs-
Gesegenswürfen in einer Zwangslage. Die Heres-
vorlage muß bis zum 1. Juli verabschiedet sein,
wenn die in ihr geforderten Reformen am
1. Oktober zusammenzutreten sollen. Ein erheblicher
Teil des Reichstages wünscht die gleichzeitige Verab-
schiedung der Deckungsvorlagen, und auch der Reichs-
kanzler hat erklärt, daß die Heresvorlage nur auf dem
Papier benützt sein würde, wenn nicht auch die
erforderlichen Mittel beschafft sein sollten. Des-
halb bietet dem Reichstage nicht viel Zeit übrig, um

die Regierungsvorlagen so durchzuarbeiten, daß
sie den Wünschen aller Interessenten gerecht werden
könnten. Und wann ist jemals jemand mit einer
Steuer zufrieden gewesen, die er bezahlen muß? Der
Bundesrat hat an der Abstimmungsvorlage von No-
vember bis März, also rund fünf Monate gearbeitet,
und der Reichstag, in dem doch die Gegenstände viel
größer sind als im Bundesrat, soll dieselbe
schwierige Materie, trotz der drei Lesungen,
die er nach der Verfassung abhalten muß,
in drei, dazu noch durch Ferien unterbrochenen
Monaten erledigen. Da darf man dem Reichs-
tag gegenüber nicht ungerecht sein. Zweifellos hat
das Kompromiß seine Schönheitsfehler, aber das ist
ja der Mangel aller Kompromisse. Es ist unter
allen Umständen anzuerkennen, daß der Reichstag sich
mit solchem Eifer der ihm obliegenden schwierigen
Aufgabe unterzogen hat und sie, soweit es bei den
ungünstigen Partei- und Mehrheitsverhältnissen mög-
lich war, soweit gefördert hat.

Diese Verhältnisse wird auch der Bundesrat berück-
sichtigen müssen, wenn er vor die Frage gestellt
wird, ob er dem eventuell zustande gekommenen
Kompromiß zustimmen soll oder nicht. Wenn das
Kompromiß nicht ganz nach dem Geschmack des
Bundesrats ausfallen sollte, so müssen sich
die verbündeten Regierungen vor Augen halten,
daß in erster Linie der Mangel an Zeit an den
etwa noch vorhandenen Fehlern schuld ist. In Reichs-
tagkreisen beurteilt man die Situation gestern durch-
aus optimistisch und in denjenigen Parteien, die
bisher am eifrigsten sich für das Zustandekommen
einer Verständigung eingesetzt haben, herrschte die feste
Ueberzeugung, daß die Verhandlungen, zu einem er-
sprichtlichen Ende zu kommen, nicht ergebnislos bleiben
würden.

Telegramme.

Bad Döberitz, 18. Juni. (G. L. G.) Der
Fürst von Hohenzollern und Prinzessin Tochter
Auguste Viktoria sind zur Verstellung bei der
Königin Anwalte von Portugal nach London abgereist.

Wien, 18. Juni. (G. L. G.) Die Winter-
sportstation Zellwände oberhalb von Hohenelbe
im Riesengebirge ist heute nacht vollständig ab-
gebrannt.

Kopenhagen, 18. Juni. (G. L. G.) Der Generalkon-
trakt des Folketingabgeordneten Jastle mit der
Bildung des neuen Ministeriums. Jastle
erbat sich bis morgen abend Bedenkzeit.

Paris, 18. Juni. (G. L. G.) Der Generalkon-
trakt des Seine-Departements wählte an Stelle des
Sozialistisch-Modernen Rouffle den Liberalen
Maunice Quantin mit 47 gegen 44 Stimmen zum
Präsidenten.

Nancy, 18. Juni. (G. L. G.) Das Kriegs-
gericht beurteilte von fünf Soldaten, die sich am
18. Mai geweigert hatten, in der Patrouille mit-
zumarschieren, welche die Meute auf den
Uebungsfelde von Dommarinus-les-Toul verhaften sollte,
zwei zu einem Jahre und drei zu zwei
Jahren Gefängnis. Keiner von ihnen ist Mitglied
des Arbeitsverbandes. Die Angeklagten erklärten,
sie seien ermüdet gewesen, da sie schon einen Marsch
hinter sich hatten, und hätten nicht die Be-
deutung ihrer Weigerung erkannt. Alle versicherten,
nicht gehört zu haben, daß der Hauptmann an sie
eine besondere Anforderung zum Gehorsam gerichtet
habe. Die Anklage wies besonders auf die Rolle des
Arbeitsverbandes hin und auf das Komplott, das
beschäftigt habe, vor allem die Truppen in Offen
zu desorganisieren. Das den fünf Angeklagten zum
Vorwurf gemachte Vergehen besteht, genau genommen,
darin, daß sie sich geweigert haben, das Wajonnet
aufzuführen.

Lissabon, 18. Juni. (G. L. G.) Die Polizei
hat ermittelt, daß der Verbrecher, der am
10. Juni die Bombe geworfen hat, ein
junger Telegraphist namens Casar Au-
relino ist. Er konnte bisher nicht verhaftet
werden.